
System ASPI – Stand zum 02.09.2023 bis zu den Nrn. 123/2023 Sb. und 23/2023 der Sammlung internationaler Verträge („Sb.m.s.“) - RA2220
106/1999 Sb. – über den freien Zugang zu Informationen – der letzte Stand des Textes tritt erst am 01.01.2024 in Kraft

106/1999 Sb.

GESETZ

vom 11. Mai 1999

über den freien Zugang zu Informationen

Änderung: 101/2000 Sb.
Änderung: 159/2000 Sb.
Änderung: 39/2001 Sb.
Änderung: 413/2005 Sb.
Änderung: 61/2006 Sb.
Änderung: 110/2007 Sb.
Änderung: 32/2008 Sb.
Änderung: 254/2008 Sb.
Änderung: 274/2008 Sb.
Änderung: 123/2010 Sb.
Änderung: 227/2009 Sb.
Änderung: 375/2011 Sb.
Änderung: 167/2012 Sb.
Änderung: 181/2014 Sb.
Änderung: 222/2015 Sb.
Änderung: 301/2016 Sb.
Änderung: 298/2016 Sb., 368/2016 Sb.
Änderung: 205/2017 Sb.
Änderung: 111/2019 Sb.
Änderung: 12/2020 Sb.
Änderung: 261/2021 Sb.
Änderung: 36/2021 Sb.
Änderung: 261/2021 Sb. (Teil)
Änderung: 241/2022 Sb.
Änderung: 241/2022 Sb. (Teil)
Änderung: 471/2022 Sb.
Änderung: 241/2022 Sb. (Teil)

Das Parlament hat dieses Gesetz der Tschechischen Republik verabschiedet:

ERSTER TEIL

§ 1

Überschrift gestrichen

Durch dieses Gesetz werden die einschlägigen Vorschriften der Europäischen Union¹⁾ implementiert und Regeln für die Gewährung von Informationen festgelegt sowie Bedingungen des Rechtes auf den freien Zugang zu diesen Informationen geregelt.

§ 2

Informationspflicht

(1) Verpflichtete Subjekte, die laut diesem Gesetz der Pflicht zur Gewährung von in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Informationen unterliegen, sind Staatsorgane, selbstverwaltende Gebietseinheiten und deren Organe sowie öffentliche Institutionen.

(2) Verpflichtete Subjekte sind des Weiteren Subjekte, die durch Gesetz befugt sind, über Rechte, rechtlich geschützte Interessen oder Pflichten natürlicher oder juristischer Personen im Bereich der öffentlichen Verwaltung zu entscheiden, und zwar nur im Umfang dieser durch sie durchzuführenden Entscheidungstätigkeit.

(3) Das Gesetz bezieht sich nicht auf die Gewährung von Informationen über Angaben, die im Zentralen Kontenregister und in anschließenden Registern geführt werden, von Informationen, die Gegenstand des gewerblichen Eigentums sind^{1a)}, sowie von weiteren Informationen, sofern deren Gewährung, insbesondere die Erledigung des Antrags einschließlich der erforderlichen Bestandteile und der Art der Einreichung des Antrags, der Fristen, der Rechtsmittel und der Art der Informationsgewährung durch Sondergesetz^{1b)} geregelt ist.

(4) Die Informationspflicht bezieht sich nicht auf Fragen nach Meinungen, zukünftigen Entscheidungen und

der Erstellung von neuen Informationen.

(5) Die berufsständischen Selbstverwaltungskammern erteilen im Rahmen dieses Gesetzes nur Informationen, die sich auf die ihnen durch Gesetz übertragene Ausübung der öffentlichen Verwaltung beziehen.

§ 2a

Öffentliches Unternehmen

(1) Verpflichtetes Subjekt ist des Weiteren ein öffentliches Unternehmen, unter dem im Sinne dieses Gesetzes eine juristische Person zu verstehen ist, die kein verpflichtetes Subjekt gemäß § 2 Abs. 1 ist und

a) die

1. relevante Tätigkeiten gemäß dem Gesetz über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen²¹⁾ ausübt,
2. als Betreiber eines öffentlichen Dienstes gemäß Art. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates handelt.
3. als Luftfahrtunternehmen handelt, welches gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen gemäß Art. 16 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft (Neufassung) erfüllt, oder
4. als Gemeinschaftsreederei handelt, welcher Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes gemäß Art. 4 der Verordnung (EWG) Nr. 3577/92 des Rates zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf den Seeverkehr in den Mitgliedstaaten (Seekabotage) erfüllt, und

b) in der das verpflichtete Subjekt gemäß § 2 Abs. 1 unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss aufgrund einer Vermögensbeteiligung an dieser juristischen Person oder aufgrund der für sie geltenden Vorschriften ausübt.

(2) Die Voraussetzung des beherrschenden Einflusses gilt als erfüllt, wenn das verpflichtete Subjekt gemäß § 2 Abs. 1 unmittelbar oder mittelbar

- a) einen Mehrheitsanteil am gezeichneten Stammkapital des öffentlichen Unternehmens hält,
- b) über die Mehrheit der sich aus dem Anteil an dem öffentlichen Unternehmen ergebenden Stimmrechte verfügt, oder
- c) mehr als die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des öffentlichen Unternehmens bestellen kann.

§ 2b

Gewährung von Informationen im Bereich des wirtschaftlichen Wettbewerbs

(1) Die Informationspflicht bezieht sich nicht auf Informationen über Tätigkeiten eines öffentlichen Unternehmens und einer öffentlichen Institution, die eine Handelsgesellschaft oder ein nationales Unternehmen ist, wenn diese Tätigkeiten

- a) im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs im Umfang des Tätigkeits- oder Unternehmensgegenstandes eines/einer im öffentlichen Register eingetragenen öffentlichen Unternehmens/Institution ausgeübt werden, oder
- b) kommerzieller oder industrieller Natur sind und die Gewährung der Information das öffentliche Unternehmen oder die öffentliche Institution auf dem relevanten Markt benachteiligen würde.

(2) Der Absatz 1 findet keine Anwendung, sobald es sich um Tätigkeiten gemäß § 2a Abs. 1 Buchst. a) handelt.

§ 3

Begriffsbestimmungen

(1) Antragsteller im Sinne dieses Gesetzes ist jede natürliche und juristische Person, die eine Information beantragt.

(2) Fernzugriffsfähigkeit im Sinne dieses Gesetzes ist der Zugang eines unbegrenzten Antragstellerkreises zu der Information mit Hilfe eines elektronischen Kommunikationsnetzes oder -dienstes.²⁾

(3) Information im Sinne dieses Gesetzes ist jeder auf beliebigem Datenträger in beliebiger Form aufgezeichneter Inhalt oder sein Teil, insbesondere der Inhalt einer schriftlichen Aufzeichnung auf einer Urkunde, einer in elektronischer Form gespeicherten Aufzeichnung oder einer Ton-, Bild- oder audiovisuellen Aufzeichnung.

(4) Computerprogramm ist im Sinne dieses Gesetzes keine Information.

(5) Veröffentlichte Information im Sinne dieses Gesetzes ist eine Information, die wiederholt aufgefunden und gewonnen werden kann, die insbesondere in Druckform oder auf einem anderen aufzeichnungs- und speicherungsfähigen Träger, durch Anschlag an der Bekanntmachungstafel, in einer fernzugriffsfähigen Weise, oder in einer Bibliothek, die öffentliche Bibliotheks- und Informationsdienste gemäß dem Bibliotheksgesetz^{2a)} anbietet, offenbart wurde.

(6) Begleitende Information im Sinne dieses Gesetzes ist eine Information, die mit der beantragten Information eng zusammenhängt (zum Beispiel Angabe über deren Vorhandensein, Herkunft, Anzahl, den Verweigerungsgrund, die Zeit, in der der Verweigerungsgrund vorliegt und wann dieser erneut überprüft wird, sowie weitere wichtige Merkmale).

§ 3a

Weitere Begriffsbestimmungen

(1) Maschinell lesbares Format im Sinne dieses Gesetzes ist Format der Datei mit solcher Struktur, die der Software ermöglicht, in dieser Datei konkrete Informationen einschließlich der Einzeldaten und deren inneren Struktur einfach zu finden, zu erkennen und zu gewinnen.

(2) Offenes Format im Sinne dieses Gesetzes ist das Format der Datei, das von keiner konkreten Software abhängig ist und für die Öffentlichkeit ohne jede Beschränkung zugänglich gemacht wurde, die die Nutzung der in der Datei enthaltenen Informationen unmöglich machen würde.

(3) Offene formelle Norm im Sinne dieses Gesetzes ist eine Regel, die schriftlich herausgegeben wurde und die Spezifikation von Anforderungen zur Sicherstellung der Fähigkeit unterschiedlicher Computerprogramme enthält, gegenseitig Dienste zu leisten und effektiv zusammenzuarbeiten.

(4) Unter Metadaten im Sinne dieses Gesetzes sind Daten zu verstehen, die die Zusammenhänge, den Inhalt und die Struktur der aufgezeichneten Informationen sowie deren Verwaltung im Laufe der Zeit beschreiben.

(5) Offene Daten im Sinne dieses Gesetzes sind Informationen, die in einer fernzugriffsfähigen Weise, im offenen und maschinell lesbaren Format veröffentlicht werden, deren Art und Zweck der nachfolgenden Benutzung von dem verpflichteten, die Daten veröffentlichenden Subjekt, nicht beschränkt sind und die im Nationalen Katalog offener Daten erfasst sind.

(6) Unter dynamischen Daten sind im Sinne dieses Gesetzes Informationen in elektronischer Form zu verstehen, die insbesondere aufgrund ihrer erheblichen Veränderlichkeit oder schnellen Veralterung einer ständigen oder Echtzeit-Aktualisierung unterliegen.

(7) Unter einer Anwendungsprogrammierschnittstelle ist im Sinne dieses Gesetzes eine Reihe von Funktionen und Prozessen zu verstehen, die die Erstellung von Anwendungen ermöglichen, die auf die Funktionen oder Daten eines Betriebssystems, einer Datenbank, einer Anwendung oder eines anderen elektronischen Dienstes zugreifen.

§ 4

Informationsgewährung

(1) Verpflichtete Subjekte gewähren Informationen auf Antrag oder durch Veröffentlichung.

(2) Wenn der Antragsteller verpflichtetes Subjekt ist, wird ihm die Information zu denselben Bedingungen wie anderen Antragstellern gewährt.

§ 4a

Informationsgewährung auf Antrag

(1) Wird die Information auf Antrag gewährt, erfolgt die Gewährung zu objektiven, angemessenen, nicht diskriminierenden, nicht ausschließlichen Bedingungen, die weder die Art und Weise noch den Zweck der späteren Nutzung der zu gewährenden Informationen einschränken („Standardnutzungsbedingungen“) und in Formaten und Sprachen entsprechend dem Inhalt des Informationsantrags, einschließlich der einschlägigen Metadaten, sofern dieses Gesetz nichts anderes vorsieht ist. Das verpflichtete Subjekt ist nicht verpflichtet, weder das Format noch die Sprache der Information zu ändern, noch Metadaten zu der Information zu erstellen, wenn solche Änderung und Erstellung von Metadaten für das verpflichtete Subjekt eine unzumutbare Belastung darstellen würde; in solchem Falle gibt das verpflichtete Subjekt dem Antrag statt, indem es die Information in dem Format oder in der Sprache gewährt, in der sie erstellt wurde. Ist die beantragte Information Bestandteil einer größeren Gesamtheit und würde der Auszug der Information für das verpflichtete Subjekt eine unzumutbare Belastung darstellen, wird durch das verpflichtete Subjekt die Gesamtheit gemäß diesem Gesetz zur Verfügung gestellt. Wenn es unter Berücksichtigung des Charakters des Antrags und der Aufzeichnungsart der beantragten Information möglich ist, wird die Information durch das verpflichtete Subjekt in elektronischer Form zur Verfügung gestellt.

(2) Eine auf Antrag gewährte Information wird in einer dem Inhalt des Antrags entsprechenden Weise zur Verfügung gestellt, insbesondere

- a) durch die Mitteilung der Information in elektronischer oder Urkundenform,
- b) durch Zurverfügungstellung einer Kopie des die beantragte Information enthaltenden Dokumentes,
- c) durch Zurverfügungstellung einer die beantragte Information enthaltenden Datei,
- d) durch Einsicht in das die beantragte Information enthaltende Dokument,
- e) durch Datenteilung über eine Anwendungsprogrammierschnittstelle, oder

f) durch die Ermöglichung des Fernzugriffs auf die Information, die im Verlauf der Zeit geändert, erneuert, ergänzt oder wiederholt erstellt wird, oder durch deren regelmäßige Übergabe in anderer Weise.

(3) Ist die Art der Informationsgewährung gemäß Absatz 2 nicht möglich oder würde sie für das verpflichtete Subjekt eine unzumutbare Belastung darstellen, gibt das verpflichtete Subjekt dem Antrag statt, indem es die Information in einer anderen Weise zur Verfügung stellt, die eine wirksame Nutzung der Information durch den Antragsteller ermöglicht.

§ 4b

Informationsgewährung durch Veröffentlichung

Die durch Veröffentlichung gewährte Information wird unter Standardnutzungsbedingungen und in allen Formaten und Sprachen zur Verfügung gestellt, in denen sie erstellt wurde; bei der Veröffentlichung einer solchen Information muss ein von diesen Formaten offen und nach Möglichkeit auch maschinell lesbar sein. Wenn es möglich und geeignet ist, veröffentlicht das verpflichtete Subjekt gemeinsam mit der Information auch die einschlägigen Metadaten. Das Format und die Metadaten müssen offene formelle Normen im größtmöglichen Maße erfüllen.

§ 4c

Erfassung offener Daten

(1) Verpflichtete Subjekte erfassen die von ihnen als offene Daten zu veröffentlichenden Informationen im Nationalen Katalog offener Daten.

(2) Der Nationale Katalog offener Daten ist ein fernzugriffsfähiges Informationssystem der öffentlichen Verwaltung, das zur Erfassung von als offene Daten zu veröffentlichenden Informationen und weiterer in einer fernzugriffsfähigen Weise, insbesondere über eine Anwendungsprogrammierschnittstelle veröffentlichenden Informationen und Informationen zu Produkten und Dienstleistungen, die offene Daten und weitere Informationen nutzen, dient. Die im Nationalen Katalog offener Daten enthaltenen Informationen werden in einer fernzugriffsfähigen Weise als offene Daten gewährt.

(3) Der Nationale Katalog offener Daten wird von der Digital- und Informationsagentur verwaltet.

§ 5

Veröffentlichung von Informationen

(1) Jedes verpflichtete Subjekt muss zum Zwecke der Information der Öffentlichkeit in seinem Sitz und seinen Dienststellen auf einem allgemein zugänglichen Ort folgende Informationen veröffentlichen und die Erstellung von deren Kopien ermöglichen:

a) Grund und Art der Errichtung des verpflichteten Subjekts einschließlich der Bedingungen und Prinzipien, unter denen es seine Tätigkeit durchführt,

b) Beschreibung seiner Organisationsstruktur, Bezeichnung des Ortes und der Art, wie entsprechende Informationen zu erwerben, wo ein Antrag oder eine Beschwerde, ein Vorschlag, eine Anregung oder ein anderes Ersuchen einzureichen oder eine Entscheidung über Rechte und Pflichten von Personen zu erhalten sind,

c) Ort, Frist und Art, wo ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung des verpflichteten Subjekts über Rechte und Pflichten von Personen eingereicht werden kann, und zwar einschließlich der ausdrücklichen Angabe von Anforderungen, die in diesem Zusammenhang an den Antragsteller gestellt werden, sowie die Beschreibung der Vorgehensweise und der Regeln, die bei diesen Tätigkeiten einzuhalten sind, und die Bezeichnung des entsprechenden Formulars sowie die Art und der Ort, wo ein solches Formular zu erhalten ist,

d) Übersicht der wichtigsten Vorschriften, nach denen das verpflichtete Subjekt vorzugsweise handelt und entscheidet, in denen das Recht auf Information und die Informationspflicht festgelegt sind und weitere Rechte der Bürger gegenüber dem verpflichteten Subjekt geregelt sind, und zwar einschließlich der Angabe, wo und wann diese Vorschriften zur Einsicht zur Verfügung stehen,

e) Preisliste der Erstattungen für die Informationsgewährung,

f) Jahresbericht über seine Tätigkeiten im Bereich der Informationsgewährung im Vorjahr (§ 18) oder Verweis auf gemäß § 18 Abs. 2 im Zentralregister für Jahresberichte im Bereich der Informationsgewährung („Zentralregister“) veröffentlichte Angaben,

g) exklusive Lizenzen oder Unterlizenzen („Lizenzen“), die gemäß § 14b erteilt wurden,

h) Entscheidungen des übergeordneten Organs über die Höhe der Erstattungen, die gemäß § 16a Abs. 7 erlassen wurden,

i) elektronische Anschrift der Einlaufstelle.

(2) Verpflichtete Subjekte sind verpflichtet, in ihrem Sitz in den Amtsstunden Folgendes zugänglich zu machen:

a) Verzeichnisse der Hauptdokumente, insbesondere jene vom konzeptionellen, strategischen und programmatischen Charakter, die gemäß diesem Gesetz gewährt werden können, einschließlich eventueller Entwürfe von Lizenz- oder Unterlizenzverträgen („Lizenzvertrag“) gemäß § 14b,

b) Verfahrensweise, die durch das verpflichtete Subjekt gemäß § 2 Abs. 1 bei der Erledigung von Eingaben und Anregungen einzuhalten ist, die durch das Ministerium des Innern auf dem Portal der öffentlichen Verwaltung in Form einer Beschreibung der Handlungen des Organs der öffentlichen Gewalt und der Handlungen des Subjektes, das bei der Vornahme dieser Handlungen nicht als Organ der öffentlichen Gewalt auftritt, veröffentlicht ist, das im Hauptregister der Agenden, Organe der öffentlichen Gewalt, der privatrechtlichen Datenbenützer sowie einiger Rechte und Pflichten erfasst ist,

und zwar in solcher Weise, dass jeder darin Einsicht nehmen und Abschrift, Auszug oder Kopie für sich anfertigen kann.

(3) Innerhalb von 15 Tagen nach der Informationsgewährung auf Antrag veröffentlicht das verpflichtete Subjekt diese Informationen in einer fernzugriffsfähigen Weise. Über gemäß § 4a Abs. 2 Buchst. e) und f) gewährte Informationen, über in einer anderen als elektronischen Form gewährte Informationen oder über außerordentlich umfangreiche elektronisch gewährte Informationen reicht es, eine begleitende, deren Inhalt darstellende Information zu veröffentlichen. Die gewährte oder begleitende Information muss für die Dauer von mindestens 6 Jahren veröffentlicht werden.

(4) Verpflichtete Subjekte sind verpflichtet, die in Absatz 1 und 2 genannten Informationen auch in einer fernzugriffsfähigen Weise zu veröffentlichen. Diese Pflicht gilt nicht für verpflichtete Subjekte, die nur natürliche Personen sind. Bei den in Absatz 1 Buchst. b) und c) und Absatz 2 Buchst. b) genannten Informationen genügt zur Erfüllung dieser Pflicht die Angabe eines Verweises auf die Stelle, wo diese Informationen bereits in einer fernzugriffsfähigen Weise veröffentlicht sind.

(5) Das verpflichtete Subjekt kann die Informationen gemäß Absatz 1 auch in anderen Weisen veröffentlichen und kann auch weitere Informationen veröffentlichen, sofern das Gesetz nichts anderes vorsieht.

§ 5a

In einer fernzugriffsfähigen Weise veröffentlichte Informationen

(1) Verpflichtete Subjekte, die kraft Gesetzes Register, Evidenzen und Verzeichnisse mit Informationen führen, die kraft Gesetzes für jeden zugänglich sind („Register“), sind verpflichtet, diese Informationen in übersichtlicher Form in einer fernzugriffsfähigen Weise zu veröffentlichen.

(2) Verpflichtete Subjekte veröffentlichen die in den Registern enthaltenen Informationen, mit Ausnahme von Dokumenten aus dem Registerordner, soweit diese Bestandteil des Registers sind, auch als offene Daten. Von der Veröffentlichung nach dem ersten Satz sind ausgenommen: Vorname, Familienname, Geburtsdatum mit Ausnahme des Geburtsjahres, Geburtsnummer und Adresse des ständigen Aufenthalts oder des Wohnsitzes mit Ausnahme der Bezeichnung der Gemeinde; dies gilt nicht, wenn diese Angaben in den Registern im Zusammenhang mit Geschäftsaktivitäten oder anderen Erwerbstätigkeiten oder im Zusammenhang der Mitgliedschaft einer natürlichen Person im Statutar- oder einem anderen Organ einer juristischen Person oder mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Statutarorgans oder im Zusammenhang mit dem Status des wirtschaftlichen Eigentümers nach dem Gesetz zur Regelung der Erfassung der wirtschaftlichen Eigentümer eingetragen sind.

(3) Verpflichtete Subjekte veröffentlichen dynamische Daten, die nicht in den Registern enthalten sind und deren Gewährung nicht gesetzlich eingeschränkt ist, in einer fernzugriffsfähigen Weise, insbesondere über eine Anwendungsprogrammierschnittstelle als offene Daten, unmittelbar nach deren Erhebung. Sollte die Veröffentlichung der dynamischen Daten nach dem ersten Satz das verpflichtete Subjekt unzumutbar belasten, veröffentlichen sie die dynamischen Daten unverzüglich, so dass deren Nutzbarkeit nicht unangemessen beeinträchtigt wird.

(4) Staatsorgane, Bezirksämter und Gemeindeämter mit erweiterten Befugnissen veröffentlichen die Metadaten der in einer fernzugriffsfähigen Weise veröffentlichten Informationen durch Anschlag an ihren Bekanntmachungstafeln als offene Daten.

§ 5b

Veröffentlichung hochwertiger Datensätze

Das verpflichtete Subjekt veröffentlicht im maschinenlesbaren und offenen Format unter Standardnutzungsbedingungen, insbesondere über eine Anwendungsprogrammierschnittstelle, als offene Daten Informationen, deren Verzeichnis durch eine direkt anwendbare Vorschrift der Europäischen Union, die gemäß Art. 14 Abs. 1 der Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates erlassen wurde, festgelegt wird. Der Zugang zu und die Nutzung von hochwertigen Datensätzen ist unentgeltlich, soweit die unmittelbar anwendbare Vorschrift nach dem ersten Satz nichts anderes vorsieht.

§ 6

Verweis auf eine veröffentlichte Information

(1) Wenn Gegenstand des Informationsantrags die Gewährung einer veröffentlichten Information ist, kann das verpflichtete Subjekt so bald wie möglich, spätestens jedoch innerhalb von sieben Tagen, dem Antragsteller anstelle der Informationsgewährung Angaben mitteilen, die das Auffinden und den Erhalt der veröffentlichten

Information ermöglichen, insbesondere den Verweis auf die Website, wo sich die Information befindet.

(2) Wenn der Antragsteller auf der direkten Gewährung der veröffentlichten Information besteht, wird sie ihm durch das verpflichtete Subjekt gewährt; dies gilt nicht, wenn der Informationsantrag elektronisch eingereicht wurde und die beantragte Information in einer fernzugriffsfähigen Weise veröffentlicht ist und dem Antragsteller der Verweis auf die Website mitgeteilt wurde, wo sich die Information befindet.

§ 7

Schutz von geheim zu haltenden Informationen

Ist die gemäß den Rechtsvorschriften⁴⁾ beantragte Information als geheim zu haltende Information bezeichnet, zu der der Antragsteller keine Zugangsberechtigung hat, wird sie durch das verpflichtete Subjekt nicht gewährt. Durch das verpflichtete Subjekt werden auch keine personenbezogenen Daten über die Person gewährt, die Träger der Bescheinigung der natürlichen Person für den Zugang zu geheim zu haltenden Informationen der Geheimhaltungsstufe Streng geheim und Geheim ist, sofern es den Schutz von geheim zu haltenden Informationen gefährden könnte.

§ 8

aufgehoben

§ 8a

(1) Informationen, die die Persönlichkeit, die Äußerungen persönlicher Art und den Privatbereich natürlicher Person betreffen, sowie personenbezogene Daten werden durch das verpflichtete Subjekt nur im Einklang mit Rechtsvorschriften gewährt, die deren Schutz regeln^{4a)}.

(2) Durch das verpflichtete Subjekt werden personenbezogenen Daten über eine öffentlich tätige Person, einen Amtsträger oder Angestellten der öffentlichen Verwaltung gewährt, die die öffentliche oder amtliche Tätigkeit oder Amts- oder Arbeitszuweisung dieser Person betreffen.

§ 8b

Empfänger öffentlicher Mittel

(1) Das verpflichtete Subjekt gewährt personenbezogene Stammdaten^{4b)} über die Person, der es öffentliche Mittel gewährte.

(2) Die Bestimmung des Absatzes 1 trifft für die Gewährung von öffentlichen Mitteln aufgrund von Gesetzen im Sozialbereich, für die Gewährung der Gesundheitsfürsorge, der materiellen Absicherung bei Arbeitslosigkeit, der staatlichen Bausparförderung und der staatlichen Aufbauhilfe nach Katastrophen nicht zu^{4c)}.

(3) Personenbezogene Stammdaten gemäß Absatz 1 werden nur in folgendem Umfang gewährt: Vorname, Familienname, Geburtsjahr, Gemeinde, in der der Empfänger seinen ständigen Aufenthalt hat, Höhe, Zweck und Bedingungen der gewährten öffentlichen Mittel.

§ 8c

Information über Einkommen natürlicher Personen

(1) Verpflichtetes Subjekt gewährt eine Information über die Höhe des Einkommens derjenigen Person, der er öffentliche Mittel in Form von Einkommen aus nicht selbständiger Tätigkeit oder aus Funktionsbezügen gemäß dem Einkommenssteuergesetz gewährt hat oder gewährt, wenn diese Person

a) als

1. öffentlicher Amtsträger, der den Verpflichtungen gemäß dem Gesetz über Interessenkonflikte unterlag oder unterliegt,
2. Berater des Präsidenten der Republik, Mitglied der Regierung, stellvertretendes Mitglied der Regierung oder Leiter einer zentralen Verwaltungsbehörde, die nicht vom Mitglied der Regierung geleitet wird, oder
3. Mitglied seines Statutar-, Leitungs-, Aufsichts- oder Kontrollorgans auftritt, oder

b) wenn der Antragsteller das öffentliche Interesse an der Gewährung der Information über die Höhe des Einkommens dieser Person nachweist und dieses öffentliche Interesse im Einzelfall das Interesse am Schutz dieser Information überwiegt.

(2) Die Information über die Höhe des Einkommens gemäß Absatz 1 wird im Umfang Vorname, Familienname, Amts-, Arbeits- oder eine andere ähnliche Zuweisung und Höhe der beanspruchten öffentlichen Mittel vor Steuern und anderen Pflichtabgaben für den Zeitraum je nach Inhalt des Antrags gewährt. Bei der Gewährung der Information gemäß dem ersten Satz findet der § 5 Abs. 3 keine Anwendung.

§ 9

Schutz des Geschäftsgeheimnisses

(1) Ist die beantragte Information ein Geschäftsgeheimnis⁶⁾, wird sie durch das verpflichtete Subjekt nicht gewährt.

(2) Bei der Gewährung einer Information, die sich auf die Verwendung öffentlicher Mittel bezieht, wird die Gewährung der Information über den Umfang und den Empfänger dieser Mittel nicht als Verletzung des Geschäftsgeheimnisses angesehen.

§ 10

Schutz der Vertraulichkeit der Vermögensverhältnisse

Auf Grundlage des Gesetzes über Steuern, Gebühren, Renten- oder Krankenversicherung, bzw. Sozialversicherung⁸⁾ gewonnene Informationen über Vermögensverhältnisse einer Person, die kein verpflichtetes Subjekt ist, werden durch das verpflichtete Subjekt gemäß diesem Gesetz nicht gewährt.

§ 11

Weitere Beschränkungen des Rechts auf Information

(1) Das verpflichtete Subjekt kann die Gewährung einer Information beschränken, wenn:

- a) sie sich ausschließlich auf interne Weisungen und Personalvorschriften des verpflichteten Subjekts bezieht,
- b) es sich um eine neue Information handelt, die bei der Vorbereitung einer Entscheidung des verpflichteten Subjekts entstand, sofern das Gesetz nichts anderes vorsieht; das gilt nur bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Vorbereitung durch die Entscheidung beendet wird,
- c) es sich um eine durch die NATO oder die Europäische Union gewährte Information handelt, die im Interesse der Sicherheit des Staates, der öffentlichen Sicherheit oder des Schutzes von Rechten Dritter von den genannten Urhebern durch die Bezeichnung „NATO UNCLASSIFIED“ oder „LIMITE“ geschützt werden und wenn diese Bezeichnung in der Tschechischen Republik wegen der Erfüllung der aus der NATO- oder EU- Mitgliedschaft hervorgehenden Pflichten beachtet wird, sofern der Urheber keine Zustimmung zur Gewährung erteilte^{8a)},
- d) die Gewährung der Information die Wirksamkeit einer Sicherheitsmaßnahme zum Schutz der Sicherheit von Personen, Eigentum oder der öffentlichen Ordnung bedeutend oder direkt gefährdet,
- e) die Gewährung der Information die Ausübung des Auslandsdienstes beim Schutz der Interessen der Tschechischen Republik und deren Staatsangehörigen im Ausland bedeutend oder direkt gefährdet²⁰⁾,
- f) die Gewährung der Information den Schutz kritischer Infrastrukturen erheblich oder unmittelbar gefährdet²²⁾, oder
- g) sie in unmittelbarem Zusammenhang mit einem Gerichts-, Schieds- oder ähnlichem Verfahren erstellt oder gewonnen wurde, und zwar auch vor Eröffnung eines solchen Verfahrens, und ihre Gewährung die Gleichstellung der an diesem Verfahren Beteiligten gefährden kann.

(2) Das verpflichtete Subjekt gewährt die Information nicht, wenn:

- a) es sich um eine Information handelt, die ohne Verwendung öffentlicher Mittel entstand, die von einer Person übergeben wurde, der solche Pflicht durch Gesetz nicht auferlegt wird, sofern diese Person nicht mitteilte, dass sie der Gewährung der Information zustimmt,
- b) es die Information aufgrund des Sondergesetzes⁹⁾ und in im Voraus festgelegten regelmäßigen Zeiträumen bis zu dem nächstfolgenden Zeitraum veröffentlicht,
- c) dadurch der Schutz von Rechten Dritter zum Gegenstand des Urheberrechts oder von mit dem Urheberrecht zusammenhängenden Rechten verletzt würde^{2b)}, oder
- d) es sich um eine die Stabilität des Finanzsystems betreffende Information handelt¹⁸⁾.

(3) Nicht gewährt werden Informationen, die das verpflichtete Subjekt von einem Dritten bei der Erfüllung von Aufgaben im Rahmen der Kontroll-, Aufsichts-, Überwachungs- oder einer ähnlichen Tätigkeit erlangte, die aufgrund einer Sonderrechtsvorschrift¹¹⁾ durchgeführt wird, die ihnen Schweigepflicht oder eine andere vor Veröffentlichung oder Missbrauch schützende Vorgehensweise auferlegt. Durch das verpflichtete Subjekt werden nur Informationen gewährt, die bei der Erfüllung dieser Aufgaben durch seine Tätigkeit entstanden.

(4) Durch verpflichtete Subjekte werden des Weiteren keine Informationen gewährt

- a) über laufende Strafverfahren, oder über Strafverfahren, wenn die Gewährung der Information den Zweck des Strafverfahrens, vor allem die Sicherstellung des Rechtes auf gerechten Prozess, gefährden oder vereiteln würde,
- b) über Entscheidungstätigkeiten der Gerichte, mit Ausnahme von Urteilen,
- c) über die Erfüllung von Aufgaben der Nachrichtendienste¹²⁾ oder über Tätigkeiten der Nachrichtendienste, wenn die Gewährung der Information die Erfüllung ihrer Aufgaben oder den Schutz von geheim zu haltenden Informationen gefährden würde,
- d) über die Vorbereitung, den Verlauf und die Erörterung der Ergebnisse von Kontrollen in den Organen der Obersten Kontrollbehörde,
- e) über die Tätigkeit des Amtes für Finanzanalyse gemäß dem Gesetz über einige Maßnahmen gegen die Legalisierung der Erträge aus Straftaten und die Finanzierung des Terrorismus oder gemäß dem Gesetz über die Durchführung von internationalen Sanktionen,
- f) über die Tätigkeit der Tschechischen Nationalbank im Zusammenhang mit der Führung des Zentralen Kontenregisters.
Die Bestimmungen der Sondergesetze¹³⁾ über die Gewährung von Informationen in genannten Bereichen bleiben davon unberührt.

(5) Durch das verpflichtete Subjekt wird keine Information gewährt, die Gegenstand des Urheberrechtsschutzes^{2b)} ist, wenn diese im Besitz

- a) der Betreiber einer Rundfunk- oder Fernsehsendung ist, die diese Sendung aufgrund von Sonderrechtsvorschriften betreiben^{13a)},
- b) der Schulen und Schuleinrichtungen ist, die gemäß dem Schulgesetz^{13b)} und dem Hochschulgesetz^{13c)} Bestandteil des Bildungssystems sind,
- c) der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik und weiterer öffentlicher Institutionen ist, die Empfänger oder Mitempfänger von Forschungs- und Entwicklungsförderung aus öffentlichen Mitteln gemäß dem Gesetz über die Forschungs- und Entwicklungsförderung sind^{13d)} oder
- d) der Kulturinstitutionen ist, die mit öffentlichen Mitteln wirtschaften, wie Theater, Orchester und weitere künstlerische Ensembles, mit Ausnahme von Bibliotheken, die öffentliche Bibliotheks- und Informationsdienste gemäß dem Bibliotheksgesetz anbieten^{2a)}, und von Museen und Galerien, die standardisierte öffentliche Dienste anbieten¹⁹⁾.
Die Gewährung dieser Informationen gemäß den Sondervorschriften bleibt davon unberührt.

(6) Das verpflichtete Subjekt gewährt keine Information über die Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden oder über Sicherheitsbehörden, die die Vorbeugung, Ermittlung, Aufdeckung und Verfolgung der Straftätigkeit oder den Schutz der Sicherheit von Personen, Eigentum und der öffentlichen Ordnung betreffen, wenn die Gewährung der Information Rechte Dritter oder die Fähigkeit der Organe der öffentlichen Gewalt gefährden würde, Straftätigkeit vorzubeugen, aufzusuchen oder zu entdecken, Straftaten zu verfolgen oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit der Tschechischen Republik sicherzustellen.

§ 11a

(1) Das verpflichtete Subjekt kann den Antrag oder einen Teil davon innerhalb von sieben Tagen nach dem Tag seiner Annahme zurückweisen, wenn sich in Bezug darauf ableiten lässt, dass das Ziel des Antragstellers darin liegt,

- a) auf die natürliche Person, die die beantragten Informationen betreffen, Druck auszuüben, sofern es sich um keine Informationen gemäß § 8a Abs. 2 handelt, oder
- b) das verpflichtete Subjekt unzumutbar zu belasten; als unzumutbare Belastung gilt auch die Einreichung von Informationsanträgen bei mehreren verpflichteten Subjekten ohne offensichtlichen inhaltlichen Zusammenhang der beantragten Informationen, und zwar im Allgemeinen als Reaktion auf eine frühere Vorgehensweise des verpflichteten Subjekts gegenüber dem Antragsteller oder auf das Verhältnis mit der unter Buchstabe a) genannten natürlichen Person.

(2) Der Umfang der beantragten Informationen oder die Anzahl der eingereichten Anträge stellt ohne Weiteres keinen Grund für die Zurückweisung des Antrags gemäß Abs. 1 dar.

§ 11b

Das verpflichtete Subjekt kann den Informationsantrag zurückweisen, wenn es über die beantragte Information nicht verfügt und wenn sich die Pflicht dazu für ihn nicht aus dem Gesetz ergibt; dies gilt nicht, wenn das verpflichtete Subjekt die beantragte Information durch einfache Handlungen aus anderen ihm zur Verfügung stehenden Informationen gewinnen, ggf. gemäß § 4a Abs. 1 dritter Satz gewähren kann.

§ 12

Bedingungen der Beschränkung

Alle Beschränkungen des Rechts auf Informationen werden durch das verpflichtete Subjekt so vorgenommen, dass beantragte Informationen einschließlich der begleitenden Informationen, nach dem Ausschluss von jenen Informationen gewährt werden, bei denen es durch Gesetz festgelegt ist. Das Recht, eine Information zu verweigern, besteht nur in dem Zeitraum, in dem der Verweigerungsgrund vorliegt. In begründeten Fällen überprüft das verpflichtete Subjekt, ob der Grund der Verweigerung fortbesteht.

§ 13

Informationsantrag

(1) Der Informationsantrag wird mündlich oder schriftlich eingereicht, und zwar auch mittels eines elektronischen Kommunikationsnetzes oder -dienstes.

(2) Wird die Information dem Antragsteller auf mündlich eingereichten Antrag nicht gewährt, oder wird vom Antragsteller die auf mündlich eingereichten Antrag gewährte Information nicht für ausreichend gehalten, ist ein schriftlicher Antrag einzureichen.

(3) Bestimmungen der §§ 14 bis 16a und des § 18 gelten nur für schriftlich eingereichte Anträge.

§ 14

Vorgehensweise bei der Einreichung und Erledigung von schriftlichen Informationsanträgen

(1) Der Antrag ist an dem Tag eingereicht, an dem ihn das verpflichtete Subjekt erhalten hat.

(2) Aus dem Antrag muss ersichtlich sein, für welches verpflichtete Subjekt er bestimmt ist und dass der Antragsteller die Gewährung einer Information im Sinne dieses Gesetzes begehrt. Die natürliche Person führt im Antrag den Vornamen, Familiennamen, das Geburtsdatum, den ständigen Aufenthaltsort, oder wenn sie zum ständigen Aufenthalt nicht angemeldet ist, die Wohnsitzadresse und die Zustellungsanschrift an, sofern sich diese vom ständigen Aufenthaltsort oder der Wohnsitzadresse unterscheidet. Die juristische Person führt die Firmenbezeichnung, Identifikationsnummer der Person, die Geschäftsadresse und die Zustellungsanschrift an, sofern sich diese von der Geschäftsadresse unterscheidet. Als Zustellungsanschrift gilt auch die elektronische Anschrift.

(3) Wird der Antrag elektronisch gestellt, muss er über die elektronische Einlaufstelle des verpflichteten Subjekts eingereicht werden, sofern diese durch das verpflichtete Subjekt errichtet wurde. Sind die Anschriften der elektronischen Einlaufstelle nicht veröffentlicht, genügt die Einreichung an beliebige elektronische Anschrift des verpflichteten Subjekts.

(4) Ein Antrag ohne die erforderlichen Erfordernisse gemäß Absatz 2 erster Satz und ohne die Zustellungsanschrift, ggf. ein elektronischer, nicht gemäß Absatz 3 eingereichter Antrag gilt nicht als Antrag im Sinne dieses Gesetzes.

(5) Das verpflichtete Subjekt beurteilt den Antrag und:

a) wenn mangelnde Angaben über den Antragsteller gemäß Absatz 2 dem Erledigungsverfahren des Informationsantrags gemäß diesem Gesetz im Wege stehen, insbesondere gemäß § 14b oder § 15, wird der Antragsteller innerhalb der Frist von 7 Tagen ab dem Tag der Einreichung des Antrags aufgefordert, den Antrag zu ergänzen; wenn der Antragsteller dieser Aufforderung nicht innerhalb von 30 Tagen ab dem Zustellungstag der Aufforderung nachkommt, wird der Antrag ad acta gelegt,

b) ist der Antrag unverständlich, ist es nicht klar, welche Information beantragt wird oder ist der Antrag zu allgemein formuliert, wird der Antragsteller innerhalb der Frist von sieben Tagen ab der Einreichung des Antrags aufgefordert, den Antrag zu präzisieren; wenn der Antragsteller den Antrag innerhalb von 30 Tagen ab dem Zustellungstag der Aufforderung nicht präzisiert, wird über die Zurückweisung des Antrags entschieden,

c) liegen die beantragten Informationen außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des verpflichteten Subjekts, wird der Antrag ad acta gelegt und diese begründete Tatsache wird dem Antragsteller innerhalb von 7 Tagen ab dem Zustellungstag des Antrags mitgeteilt,

d) wird durch das verpflichtete Subjekt nicht gemäß § 15 entschieden, wird die Information entsprechend dem Antrag innerhalb der Frist von spätestens 15 Tagen ab dem Tag der Annahme des Antrags oder ab dem Tag dessen Ergänzung oder Präzisierung gewährt; ist eine Lizenz gemäß § 14b erforderlich, wird dem Antragsteller innerhalb dieser Frist ein abschließendes Lizenzangebot vorgelegt.

(6) Die Frist für die Gewährung der Information gemäß Absatz 5 Buchst. d) kann durch das verpflichtete Subjekt aus schwerwiegenden Gründen verlängert werden, jedoch höchstens um zehn Tage. Schwerwiegende Gründe sind:

a) das Auffinden und die Erhebung der beantragten Informationen in anderen Dienststellen, die von der den Antrag erledigenden Dienststelle getrennt sind,

b) das Auffinden und die Erhebung einer umfangreichen Menge getrennter und unterschiedlicher Informationen, die in einem Antrag begehrt werden,

c) Konsultationen mit einem anderen verpflichteten Subjekt, das ernsthaftes Interesse an der Entscheidung über den

Antrag hat, oder zwischen zwei oder mehreren organisatorischen Einheiten des verpflichteten Subjektes, die ernsthaftes Interesse am Gegenstand des Antrags haben, oder

d) die Notwendigkeit, die Ausübung der Rechte für Personen zu ermöglichen, die durch die Gewährung der beantragten Information wesentlich betroffen werden könnten; dies gilt nicht, wenn

1. die Aufforderung zur Stellungnahme der betroffenen Person spätestens am fünften Tag nach der Annahme des Antrags persönlich übergeben oder elektronisch übermittelt werden konnte,
2. die Aufforderung an die betroffene Person eine Aufforderung zur Empfangsbestätigung enthielt und
3. spätestens am dritten Tag nach der Übermittlung der Eingang der Aufforderung bei der betroffenen Person nachgewiesen wurde, insbesondere durch Bestätigung der Annahme der Aufforderung in der für die Stellung des Informationsantrags vorgesehenen Weise.

Der Antragsteller muss über die Verlängerung der Frist sowie über deren Gründe immer nachweislich informiert werden, und zwar rechtzeitig vor Ablauf der Frist für die Gewährung der Information.

§ 14a

Exklusive Vereinbarungen

(1) Das verpflichtete Subjekt kann mit dem Antragsteller eine exklusive Vereinbarung über die Gewährung der Informationen („exklusive Vereinbarung“) als öffentlich-rechtlichen Vertrag schließen, wenn dies im öffentlichen Interesse für die Digitalisierung von Kulturgütern notwendig ist, die weder durch das Urheberrecht noch durch ein anderes Recht des geistigen Eigentums geschützt sind. Das verpflichtete Subjekt gewährt für die Dauer der exklusiven Vereinbarung an jegliche Dritte weder die aufgrund der exklusiven Vereinbarung gewährte Information zu demselben Zweck wie in der geschlossenen exklusiven Vereinbarung noch die auf Grundlage der exklusiven Vereinbarung entstandene digitale Reproduktion.

(2) Die exklusive Vereinbarung kann höchstens für 8 Jahre geschlossen werden. Die Dauer der exklusiven Vereinbarung kann einmal um höchstens 5 Jahre verlängert werden, wenn die Gründe, für die sie geschlossen wurde, fortbestehen.

(3) Die jeweils andere Vertragspartei der exklusiven Vereinbarung stellt dem verpflichteten Subjekt spätestens zu Ende der Dauer der exklusiven Vereinbarung eine Kopie der digitalen Reproduktion des Kulturguts unentgeltlich zur Verfügung, die nach Ende der Dauer der exklusiven Vereinbarung gemäß diesem Gesetz zur Verfügung gestellt werden kann.

(4) Die Bedingungen der Gewährung der Information auf Grundlage der exklusiven Vereinbarung müssen eine Weiterverwendung der Information durch den Antragsteller im Einklang mit dem Antrag ermöglichen, wenn dieses Gesetz nichts anderes vorsieht.

(5) Das verpflichtete Subjekt veröffentlicht in einer fernzugriffsfähigen Weise die exklusive Vereinbarung und eine Vereinbarung über die Verlängerung ihrer Laufzeit zusammen mit den Gründen ihres Abschlusses mindestens 2 Monate vor deren Wirksamwerden.

(6) Die Bestimmungen der exklusiven Vereinbarungen unterliegen nicht dem Schutz von Geschäftsgeheimnissen.

§ 14b

Einige Bestimmungen zum Lizenzvertrag bei der Gewährung von Informationen

(1) Soll eine Information, die Gegenstand des Urheberrechts ist, auf Grundlage eines Lizenzvertrags gewährt werden und werden die Eigentumsrechte zum Gegenstand des Urheberrechts durch ein verpflichtetes Subjekt ausgeübt, das von der Informationspflicht gemäß § 11 Abs. 5 nicht ausgeschlossen ist, wird in durch dieses Gesetz nicht geregelten Sachen nach dem Urhebergesetz^{2b)} vorgegangen.

(2) Die Vergütung für die Berechtigung, die Information zu nutzen, darf nicht höher sein als die Erstattung gemäß § 17, sofern das Urhebergesetz oder der Lizenzvertrag zwischen dem verpflichteten Subjekt und dem, der das Verfügungsrecht am Gegenstand des Urheberrechts auf das verpflichtete Subjekt übertrug, nicht anderes vorsieht.

(3) Die Bedingungen für die Informationsgewährung im Lizenzvertrag müssen die Weiterverwendung der Information durch den Antragsteller entsprechend dem Antrag ermöglichen, sofern dieses Gesetz nichts anderes vorsieht. Mit der Ausnahme der Fälle gemäß Absatz 4 wird die Lizenz als nicht exklusiv gewährt.

(4) Das verpflichtete Subjekt kann eine exklusive Lizenz nur dann gewähren, wenn diese für die weitere Verbreitung der gewährten Information unerlässlich ist und wenn das im öffentlichen Interesse liegt. Die exklusive Lizenz kann für die Dauer von höchstens 3 Jahren gewährt werden; ihre Dauer kann wiederholt jeweils um 3 Jahre verlängert werden, falls die Gründe nach dem ersten Satz fortbestehen. Die exklusive Lizenz zur Digitalisierung des Kulturguts kann höchstens für die Dauer von 8 Jahren gewährt werden; ihre Dauer kann einmal um höchstens 5 Jahre verlängert werden, falls die Gründe nach dem ersten Satz fortbestehen. Bei Gewährung der exklusiven Lizenz zur Digitalisierung des Kulturguts muss die jeweils andere Vertragspartei dem verpflichteten Subjekt unentgeltlich eine Kopie der digitalen Reproduktion des Kulturguts zur Verfügung stellen, die nach Ende der Exklusivlizenz gemäß diesem Gesetz gewährt werden kann. Das verpflichtete Subjekt veröffentlicht in einer fernzugriffsfähigen Weise die gewährte Exklusivlizenz und die Vereinbarung über die Verlängerung ihrer Dauer zusammen mit den Gründen ihrer Gewährung bzw. ihres Abschlusses mindestens 2 Monate vor ihrem Wirksamwerden.

(5) Durch das verpflichtete Subjekt wird in einer fernzugriffsfähigen Weise das Muster des Lizenzvertrags

veröffentlicht, den der Antragsteller an den konkreten Antrag anpassen und als Vorschlag zum Lizenzvertragsabschluss verwenden kann.

(6) Auf Bestimmungen der Lizenzverträge, die gemäß diesem Gesetz geschlossen wurden, bezieht sich der Schutz des Geschäftsgeheimnisses nicht.

§ 14c

Sonderrecht des Datenbankerstellers

Ist eine Information zu gewähren, die Gegenstand eines Sonderrechts des Datenbankerstellers gemäß dem Urhebergesetz^{2b)} ist, und werden die Vermögensrechte an diesem Recht von dem in § 2 Abs. 1 oder in § 2a genannten verpflichteten Subjekt ausgeübt, verzichtet dieses verpflichtete Subjekt bei der Gewährung der Information auf diese Rechte, ggf. es gewährt die Information auf Grundlage einer solchen Lizenz, die Dritten eine Inanspruchnahme und Verwertung der gewährten Information ohne Beschränkung der Art und des Zwecks der Weiterverwendung der Information ermöglicht.

§ 15

Entscheidung über die Zurückweisung des Antrags

(1) Gibt das verpflichtete Subjekt dem Antrag, sei es nur teilweise, nicht statt, wird in der Frist für die Erledigung des Antrags eine Entscheidung über die Zurückweisung des Antrags, ggf. über die Zurückweisung eines Teils des Antrags erlassen („Entscheidung über die Zurückweisung des Antrags“), mit Ausnahme der Fälle, in denen der Antrag ad acta gelegt wird.

(2) Wenn dem Antrag aufgrund des Geschäftsgeheimnisschutzes gemäß § 9 oder des Schutzes von Rechten Dritter am Gegenstand des Urheberrechts gemäß § 11 Abs. 2 Buchst. c) nicht stattgegeben wurde, muss in der Begründung der Entscheidung angegeben sein, wer das Recht an diesem Geschäftsgeheimnis oder die Eigentumsrechte an diesem Gegenstand des Urheberrechtsschutzes ausübt, sofern diese Person dem verpflichteten Subjekt bekannt ist. Auf Bibliotheken, die öffentliche Bibliotheken- und Informationsdienste gemäß dem Bibliotheksgesetz^{2a)} anbieten, und für Museen und Galerien, die standardisierte öffentliche Dienste anbieten¹⁹⁾, findet der erste Satz keine Anwendung.

(3) Gewährt das verpflichtete Subjekt die Information in Form einer Kopie des Dokuments, in dem es lediglich personenbezogene Daten oder Informationen gestrichen hat, die ein Bank- oder Geschäftsgeheimnis darstellen und die es im Rahmen von Verfahren gemäß der Verwaltungs-, Steuer- oder Kontrollordnung gewonnen hat, kann es den Erlass der Entscheidung über die Zurückweisung des Antrags unterlassen. Teilt der Antragsteller in dem eingereichten Antrag oder innerhalb von 15 Tagen nach dem Tag der Zustellung der beantragten Information in der durch dieses Gesetz für die Einreichung des schriftlichen Informationsantrags beim verpflichteten Subjekt vorgesehenen Weise mit, dass es am Erlass der Entscheidung über die Zurückweisung des Antrags im Umfang der definierten personenbezogenen Daten oder des Bank- oder Geschäftsgeheimnisses besteht, so erlässt das verpflichtete Subjekt die Entscheidung innerhalb der Frist für die Erledigung des Antrags oder innerhalb von 15 Tagen nach dem Tag des Eingangs der Mitteilung des Antragstellers.

§ 16

Einspruch

Anm. ASPI: Gemäß Art. XVI des Gesetzes Nr. 111/2019 Sb. ist bis zum 1. Januar 2020 gemäß § 16, 16a, 16b a § 20 dieses Gesetzes in der Fassung der bisherigen Vorschriften, d.h. in der bis zum 23.04.2019 wirksamen Fassung vorzugehen.

(1) Gegen die Entscheidung des verpflichteten Subjekts über die Zurückweisung des Antrags kann Einspruch erhoben werden.

(2) Der Einspruch wird durch das verpflichtete Subjekt dem übergeordneten Organ zusammen mit dem Aktenmaterial in einer Frist von 15 Tagen ab dem Tag der Zustellung des Einspruchs vorgelegt.

(3) Das übergeordnete Organ entscheidet über den Einspruch innerhalb von 15 Tagen nach dem Tag der Vorlage des Einspruchs durch das verpflichtete Subjekt. Die Frist für die Entscheidung über einen Rekurs beträgt 15 Werktage ab dem Tag der Zustellung des Rekurses an das verpflichtete Subjekt. Die Frist kann nicht verlängert werden.

(4) Geht weder aus der Entscheidung noch aus der Akte noch aus der eigentlichen Tätigkeit des übergeordneten Organs hervor, ob hier Gründe für die Zurückweisung des Antrags vorliegen, fordert das übergeordnete Organ das verpflichtete Subjekt auf, innerhalb der festgelegten Frist, die nicht länger als 10 Tage sein darf, die Akte um die zum Verfahren gemäß Absatz 5 erforderlichen Angaben zu ergänzen, insbesondere alle Gründe für die Zurückweisung des Antrags einschließlich deren Begründung zu nennen. Das übergeordnete Organ des Antragstellers unterrichtet den Antragsteller über diese Ergänzung und ermöglicht ihm, innerhalb von 15 Tagen nach dem Tag des Eingangs der Aufforderung zu der Ergänzung Stellung zu nehmen. Der Lauf der Frist für die Entscheidung über den Einspruch beginnt an dem Tag, an dem dem übergeordneten Organ die Stellungnahme des Antragstellers zu der Aufforderung zugestellt wurde, und wenn der Antragsteller innerhalb der Frist gemäß dem zweiten Satz keine Stellung abgegeben hat, an dem Tag, an dem diese Frist verstrichen ist.

(5) Findet das übergeordnete Organ keine Gründe für die Zurückweisung des Antrags, hebt es die Entscheidung des verpflichteten Subjektes über die Zurückweisung des Antrags vollständig oder teilweise auf und stellt das Verfahren in dem entsprechenden Umfang ein. Gleichzeitig mit der Entscheidung wird das verpflichtete Subjekt angewiesen, die beantragte Information dem Antragsteller in einer Frist, die nicht länger als 15 Tage ab dem Tag der Bekanntgabe der Entscheidung über den Einspruch an das verpflichtete Subjekt sein darf, zu gewähren. Eine Berufung gegen die Entscheidung des übergeordneten Organs gemäß dem zweiten Satz, sofern es sich um kein Verfahren gemäß § 16b Abs. 2, handelt, ist nicht möglich. Die Gewährung der Information durch das verpflichtete Subjekt kann zwangsvollstreckt werden.

(6) Bei gerichtlicher Überprüfung der Entscheidung über den Einspruch auf Grundlage einer gemäß der Sonderrechtsvorschrift erhobenen Klage wird durch das Gericht überprüft, ob Gründe für eine Zurückweisung des Antrags vorliegen. Liegen keine Gründe für die Zurückweisung des Antrags vor, wird die Entscheidung über den Einspruch sowie die Entscheidung des verpflichteten Subjekts über die Zurückweisung des Antrags durch das Gericht aufgehoben und dem verpflichteten Subjekt angeordnet, die beantragten Informationen innerhalb einer Frist zu gewähren, die nicht länger als 15 Tage ab dem Tag der Zustellung des Urteils an das verpflichtete Subjekt sein darf.

§ 16a

Beschwerde gegen das Vorgehen bei der Erledigung des Informationsantrags

Anm. ASPI: Gemäß Art. XVI des Gesetzes Nr. 111/2019 Sb. ist bis zum 1. Januar 2020 gemäß § 16, 16a, 16b und § 20 dieses Gesetzes in der Fassung der bisherigen Vorschriften, d.h. in der bis zum 23.04.2019 wirksamen Fassung vorzugehen.

(1) Beschwerde gegen das Vorgehen bei der Erledigung des Informationsantrags („Beschwerde“) kann durch den Antragsteller eingelegt werden,

a) der mit der Erledigung des Antrags in der in § 6 aufgeführten Weise nicht einverstanden ist,

b) dem nach Ablauf der Frist gemäß § 14 Abs. 5 Buchst. d), § 14 Abs. 6 oder § 15 Abs. 3 oder nach Ablauf der in der Entscheidung gemäß Absatz 6 Buchst. b) gesetzten Frist für die Erledigung des Informationsantrags die Information nicht gewährt oder kein abschließendes Lizenzangebot unterbreitet und für den keine Entscheidung über die Zurückweisung des Antrags erlassen wurde,

c) dem die Information teilweise gewährt wurde, ohne dass über den Rest des Antrags eine Zurückweisungsentscheidung erlassen wurde, oder

d) der mit der mitgeteilten Höhe der Erstattung gemäß § 17 Abs. 3 oder der Erstattung gemäß § 14b Abs. 2 nicht einverstanden ist, die im Zusammenhang mit der Gewährung der Informationen erhoben werden.

(2) Die Beschwerde kann schriftlich oder mündlich eingelegt werden; wenn die Beschwerde mündlich eingelegt wird und nicht sofort erledigt werden kann, so ist vom verpflichteten Subjekt darüber ein schriftliches Protokoll zu verfassen.

(3) Die Beschwerde wird beim verpflichteten Subjekt eingelegt, und zwar innerhalb von 30 Tagen ab dem Tag

a) der Zustellung der Mitteilung gemäß § 6, § 14 Abs. 5 Buchst. c) oder § 17 Abs. 3,

b) des Ablaufs der Frist für die Gewährung der Information gemäß § 14 Abs. 5 Buchst. d) oder § 14 Abs. 6 oder

c) des Ablaufs der Frist für die Entscheidung gemäß § 15 Abs. 3 oder der in der Entscheidung gemäß Abs. 6 Buchst. b) für die Erledigung des Informationsantrags festgelegten Frist.

(4) Über die Beschwerde wird durch das übergeordnete Organ entschieden.

(5) Die Beschwerde samt Aktenmaterial wird durch das verpflichtete Subjekt an das übergeordnete Organ innerhalb von 7 Tagen ab dem Tag des Eingangs der Beschwerde weitergeleitet, sofern der Beschwerde in dieser Frist nicht durch das verpflichtete Subjekt selbst vollständig stattgegeben wurde, indem es die beantragte Information oder das abschließende Lizenzangebot gewährt oder die Erstattung herabsetzt oder die Entscheidung über die Zurückweisung des Antrags erlässt.

(6) Durch das übergeordnete Organ wird bei der Entscheidung über die Beschwerde gemäß Absatz 1 Buchst. a), b) oder c) das Vorgehen des verpflichteten Subjekts überprüft und entschieden, indem es

a) das Vorgehen des verpflichteten Subjekts bestätigt,

b) das verpflichtete Subjekt anweist, in festgesetzter Frist, die nicht länger als 15 Tage ab der Zustellung der Entscheidung des übergeordneten Organs sein darf, den Antrag zu erledigen, ggf. dem Antragsteller das abschließende Lizenzangebot zu unterbreiten, und, wenn es keine Gründe für die Zurückweisung des Antrags findet, im Falle, dass verfügbare Informationen über den rechtlichen und faktischen Sachverhalt keine berechtigten Bedenken begründen, entsprechend § 16 Abs. 5 sinngemäß vorgeht,

c) die Sache durch Beschluss an sich zieht und die Information selbst gewährt oder eine Entscheidung über die Zurückweisung des Antrags erlässt; dieses Vorgehen kann gegenüber Organen der selbstverwaltenden Gebietseinheit bei der Ausübung der selbständigen Zuständigkeit nicht angewendet werden, oder

d) die Beschwerde zurückweist, falls diese verspätet oder von einer unberechtigten Person eingelegt wurde.

(7) Bei der Entscheidung über die Beschwerde gemäß Absatz 1 Buchst. d) wird durch das übergeordnete Organ das Vorgehen des verpflichteten Subjekts überprüft und entschieden, indem es

a) die Höhe der Erstattung oder der Vergütung bestätigt,

b) die Höhe der Erstattung oder der Vergütung herabsetzt; im Falle, dass verfügbare Informationen über den rechtlichen und faktischen Sachverhalt keine berechtigten Bedenken begründen, geht es entsprechend § 16 Abs. 5 zweiter Satz sinngemäß vor, indem es das verpflichtete Subjekt anweist, die beantragte Information dem Antragsteller in festgelegter Frist, die nicht länger als 15 Tage ab dem Tag der Bezahlung der Erstattung oder der Vergütung sein darf, zu gewähren, oder

c) die Beschwerde zurückweist, falls diese verspätet oder von einer unberechtigten Person eingelegt wurde.

(8) Über die Beschwerde wird durch das übergeordnete Organ innerhalb von 15 Tagen ab dem Tag des Eingangs der Beschwerde entschieden.

(9) Die Entscheidung gemäß den Absätzen 6 und 7 wird dem Antragsteller und dem verpflichteten Subjekt mitgeteilt. Ein Einspruch gegen die Entscheidung, die gemäß den Absätzen 6 und 7 erlassen wurde, ist nicht möglich. Wenn es sich jedoch um eine Entscheidung gemäß Absatz 6 Buchst. c) handelt, kann ein Einspruch nur dann nicht erhoben werden, wenn die Entscheidung vom Minister oder Leiter einer anderen zentralen Verwaltungsbehörde oder der Datenschutzbehörde als übergeordnetem Organ getroffen wurde.

(10) Wenn die Information gemäß Absatz 6 Buchst. c) gewährt wird, kann der Antragsteller gemäß Absatz 1 Buchst. a) oder c) sinngemäß vorgehen.

§ 16b

Überprüfungsverfahren und Schutz gegen Untätigkeit

Anm. ASPI: Gemäß Art. XVI des Gesetzes Nr. 111/2019 Sb. ist bis zum 1. Januar 2020 gemäß § 16, 16a, 16b a § 20 dieses Gesetzes in der Fassung der bisherigen Vorschriften, d.h. in der bis zum 23.04.2019 wirksamen Fassung vorzugehen.

(1) Die Entscheidung des übergeordneten Organs kann im Überprüfungsverfahren überprüft werden, für dessen Durchführung gemäß der Sonderrechtsvorschrift die Datenschutzbehörde zuständig ist.

(2) Gelangt das Verwaltungsorgan bei der Überprüfung zu dem Schluss, dass die Informationen gesetzwidrig verweigert wurden, und wenn verfügbare Informationen über den rechtlichen und faktischen Sachverhalt keine begründeten Bedenken begründen, wird entsprechend § 16 Abs. 5 vorgegangen.

(3) Für Maßnahmen gegen Untätigkeit des übergeordneten Organs ist gemäß der Sonderrechtsvorschrift die Datenschutzbehörde zuständig.

§ 17

Kostenerstattung

(1) Die verpflichteten Subjekte sind berechtigt, im Zusammenhang mit der Gewährung von Informationen eine Erstattung in einer Höhe zu erheben, die nicht höher als die mit der Anfertigung von Kopien, mit der Beschaffung technischer Datenträger und mit der Absendung der Informationen an den Antragsteller verbundenen Kosten sein darf. Das verpflichtete Subjekt kann auch eine Erstattung für außerordentlich umfangreiches Aufsuchen von Informationen verlangen.

(2) Wurde im Lizenzvertrag eine Vergütung vereinbart, kann keine Erstattung der Kosten verlangt werden.

(3) Wird durch das verpflichtete Subjekt eine Erstattung für die Gewährung der Information verlangt, wird dies dem Antragsteller gemeinsam mit der Höhe der Erstattung vor Gewährung der Information mitgeteilt. Aus der Mitteilung muss ersichtlich sein, aufgrund welcher Tatsachen und in welcher Weise die Höhe der Erstattung durch das verpflichtete Subjekt beziffert wurde. Die Mitteilung muss die Belehrung über die Möglichkeit enthalten, gegen die Forderung für die Kostenerstattung für die Informationsgewährung eine Beschwerde gemäß § 16a Abs. 1 Buchst. d) einzulegen, aus der ersichtlich ist, in welcher Frist die Beschwerde einzulegen ist, ab welchem Tag die Frist anläuft, welches übergeordnete Organ darüber entscheidet und bei welchem verpflichteten Subjekt sie eingereicht werden kann.

(4) Erfüllt das verpflichtete Subjekt seine Mitteilungspflicht gemäß Absatz 3 gegenüber dem Antragsteller

nicht, verliert es den Anspruch auf Kostenerstattung.

(5) Die Gewährung der Information gemäß Absatz 3 ist durch die Bezahlung der verlangten Erstattung bedingt. Wird die Erstattung innerhalb von 60 Tagen ab dem Tag der Mitteilung der verlangten Erstattungshöhe durch den Antragsteller nicht bezahlt, wird der Antrag durch das verpflichtete Subjekt ad acta gelegt. Während der Zeit der Erledigung der Beschwerde gegen die Höhe der verlangten Erstattung läuft die Frist gemäß dem zweiten Satz nicht.

(6) Die Erstattung ist Einnahme des verpflichteten Subjekts.

§ 18

Jahresbericht

(1) Jedes verpflichtete Subjekt muss jeweils bis zum 1. März einen Jahresbericht über seine Tätigkeit im Bereich der Informationsgewährung gemäß diesem Gesetz für das vorhergehende Kalenderjahr veröffentlichen, der die folgenden Angaben enthält:

a) die Anzahl der eingereichten Informationsanträge und die Anzahl der erlassenen Entscheidungen über die Zurückweisung des Antrags,

b) die Anzahl der eingereichten Einsprüche gegen die Entscheidungen,

c) eine Abschrift wesentlicher Teile jedes Gerichtsurteils in Sachen der Überprüfung der Gesetzlichkeit der Entscheidungen des verpflichteten Subjekts über die Zurückweisung des Informationsantrags sowie die Übersicht aller Ausgaben, die durch das verpflichtete Subjekt in Zusammenhang mit Gerichtsverfahren über Rechte und Pflichten gemäß diesem Gesetz aufgewendet wurden, und zwar einschließlich der Kosten für seine eigenen Mitarbeiter und der Rechtsvertretungskosten,

d) die Aufzählung der gewährten Exklusivlizenzen, einschließlich der Begründung der Unerlässlichkeit der Gewährung der Exklusivlizenz,

e) die Anzahl der gemäß § 16a eingereichten Beschwerden, die Einreichungsgründe und eine Kurzbeschreibung ihrer Erledigungsweise,

f) weitere, die Anwendung dieses Gesetzes betreffende Informationen.

(2) Die Pflicht zur Veröffentlichung des Jahresberichts kann durch Veröffentlichung der Angaben gemäß Abs. 1 innerhalb der Frist gemäß Abs. 1 durch ein Zentralregister erfüllt werden.

(3) Hat das verpflichtete Subjekt die durch ein Sondergesetz auferlegte Pflicht, einen öffentlichen Jahresbericht mit Informationen über seine Tätigkeit vorzulegen, und geht es nicht gemäß Absatz 2 vor, sind die Angaben gemäß Absatz 1 als sein separater Teil mit dem Titel „Gewährung von Informationen gemäß dem Gesetz Nr. 106/1999 Sb., über den freien Zugang zu Informationen“ aufzunehmen.

§ 18a

Zentralregister

(1) Es wird ein Zentralregister als Informationssystem der öffentlichen Verwaltung errichtet, das zur Veröffentlichung von Jahresberichten gemäß § 18 dient. Verwalter des Zentralregisters ist das Innenministerium.

(2) Das Zentralregister ist kostenlos und unbeschränkt öffentlich und in einer fernzugriffsfähigen Weise zugänglich.

(3) Der Verwalter des Zentralregisters haftet nicht für die Richtigkeit der im Zentralregister eingegebenen Daten.

§ 19

Die Zugänglichmachung von Informationen oder Gewährung von Informationen zu den Bedingungen und in der Weise, die durch dieses Gesetz festgelegt sind, ist keine Verletzung der durch Sondergesetze auferlegten Schweigepflicht.¹⁵⁾

ZWEITER TEIL

ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 20

Anm. ASPI: Gemäß Art. XVI des Gesetzes Nr. 111/2019 Sb. ist bis zum 1. Januar 2020 gemäß § 16, 16a, 16b a § 20 dieses Gesetzes in der Fassung der bisherigen Vorschriften, d.h. in der bis zum 23.04.2019 wirksamen Fassung vorzugehen.

(1) Die in § 5 Abs. 2 genannte Pflicht gilt ab dem 1. Januar 2001. Für Gemeinden, die keine Städte sind,¹⁶⁾ gilt die Pflicht gemäß § 5 Abs. 2 ab dem 1. Januar 2002.

(2) Die in § 5 Abs. 3 genannte Pflicht gilt ab dem 1. Januar 2002.

(3) Die Frist für die Gewährung einer Information [§ 14 Abs. 3 Buchst. c)] und die Verlängerung dieser Frist (§ 14 Abs. 5) werden in den ersten 12 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes auf das Doppelte und in den nächsten 12 Monaten um die Hälfte verlängert.

(4) Sofern dieses Gesetz nichts anderes vorsieht, werden beim Vorgehen gemäß diesem Gesetz

a) für die Entscheidung über die Zurückweisung des Antrags,

b) für das Einspruchsverfahren,

c) für die Vollstreckbarkeit der Anweisung, Informationen zu gewähren, und

d) im Verfahren über Beschwerden für die Fristenberechnung, die Zustellung und die Verfahrenskosten die Bestimmungen der Verwaltungsordnung¹⁷⁾ angewendet; des Weiteren finden beim Vorgehen gemäß diesem Gesetz Bestimmungen der Verwaltungsordnung über die Grundprinzipien der Tätigkeit der Verwaltungsorgane, Bestimmungen über die Fristberechnung, Bestimmungen über den Schutz vor Untätigkeit, im Umfang des § 16b Bestimmungen über das Überprüfungsverfahren und Bestimmungen des § 178 Anwendung; im Übrigen findet die Verwaltungsordnung keine Anwendung.

(5) Kann das übergeordnete Organ gemäß § 178 der Verwaltungsordnung nicht bestimmt werden, wird im Einspruchs- und im Beschwerdeverfahren durch die Datenschutzbehörde entschieden.

(6) Informationen, die sich auf die übertragene Zuständigkeit der selbstverwaltenden Gebietseinheit beziehen, werden durch Organe der selbstverwaltenden Gebietseinheit in übertragener Zuständigkeit gewährt.

(7) Von der Akteneinsichtnahme sind Teile der Akte ausgeschlossen, die Informationen enthalten, deren Gewährung Gegenstand des Antrags ist und antragsgemäß nicht bisher gewährt wurden, Dokumente und größere Informationsgruppen, aus denen die beantragten Informationen nicht einfach herausgenommen werden können, und personenbezogene Daten der Person, die von der Gewährung der beantragten Information unmittelbar betroffen werden könnte, mit Ausnahme von personenbezogenen Daten, die der die Einsicht nehmenden Person bekannt sind.

§ 21

(1) Die Regierung erlässt eine Verordnung, mit der das Zusammenwirken von Organen der Staatsverwaltung mit den Gemeinden bei der Sicherstellung der Pflichten der Gemeinden gemäß § 5 dieses Gesetzes geregelt wird.

(2) Die Regierung legt mit einer Verordnung Grundsätze für die Festlegung der Erstattungen und Lizenzvergütungen für die Gewährung von Informationen fest.

(3) Das Ministerium des Innern legt durch die Verordnung die Struktur der über das verpflichtete Subjekt gemäß § 5 Abs. 1 und 2 zu veröffentlichenden fernzugriffsfähigen Informationen fest.

§ 22

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.

gez. Klaus

gez. Havel

gez. Zeman

Ausgewählte Novellenbestimmungen

Art. II des Gesetzes Nr. 61/2006 Sb.

Übergangsbestimmungen

1. Für die Erledigung der Anträge, die das verpflichtete Subjekt vor dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes erhielt, werden die bisherigen Rechtsvorschriften angewendet.

2. Lizenz- oder Unterlizenzverträge, durch die eine Exklusivlizenz erteilt wurde, die die Informationsgewährung gemäß Gesetz Nr. 106/1999 Sb. in der ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes wirksamen Fassung betrifft, und die vor dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes geschlossen wurden, verlieren ihre Wirksamkeit mit dem Ablauf der vereinbarten Zeit, spätestens jedoch am 31. Dezember 2008.

[Art. II des Gesetzes Nr. 222/2015 Sb.](#)

Übergangsbestimmungen

1. Der Informationsantrag, der vor dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes gestellt wurde, wird gemäß Gesetz Nr. 106/1999 Sb. in der vor dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes wirksamen Fassung erledigt.

2. Die Informationspflicht gemäß Gesetz 106/1999 Sb. in der ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes wirksamen Fassung bezieht sich nicht auf Informationen, die vor dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes veröffentlicht wurden.

3. Ein Lizenz- oder Unterlizenzvertrag, auf dessen Grundlage eine Exklusivlizenz erteilt wurde, die die Gewährung von Informationen gemäß Gesetz 106/1999 Sb. in der vor dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes wirksamen Fassung betrifft, und die am 17. Juli 2013 gültig ist, verliert seine Wirksamkeit mit dem Ablauf der vereinbarten Zeit, jedoch spätestens am 18. Juli 2043. Der erste Satz findet keine Anwendung, wenn es sich um einen Lizenz- oder Unterlizenzvertrag handelt, der die Digitalisierung von Kulturgütern betrifft.

[Art. XIX des Gesetzes Nr. 298/2016 Sb.](#)

Übergangsbestimmung

Das verpflichtete Subjekt veröffentlicht Informationen gemäß § 4b Abs. 2 des Gesetzes Nr. 106/1999 Sb. in der ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes wirksamen Fassung als offene Daten und erfasst diese Informationen im Nationalen Katalog offener Daten innerhalb von 12 Monaten ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

[Art. XVI des Gesetzes Nr. 111/2019 Sb.](#)

Übergangsbestimmung

Bis 1. Januar 2020 ist gemäß § 16, 16a, 16b und § 20 dieses Gesetzes in der Fassung der bisherigen Vorschriften vorzugehen.

[Art. LI des Gesetzes Nr. 261/2021 Sb.](#)

Übergangsbestimmung

Verpflichtete Subjekte veröffentlichen die bisher geführten Register, Evidenzen oder Verzeichnisse, die Informationen enthalten, welche kraft Gesetzes für jeden zugänglich sind, als offene Daten gemäß [§ 5a Abs. 2 des Gesetzes Nr. 106/1999 Sb.](#), in der ab dem fünfzehnten Tag ab dem Tag der Kundmachung dieses Gesetzes wirksamen Fassung bis zum 31. Dezember 2023.

[Art. II des Gesetzes Nr. 241/2022 Sb.](#)

Übergangsbestimmungen

1. Der vor dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes eingereichte Antrag wird gemäß Gesetz Nr. [106/1999 Sb.](#), in der vor dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes wirksamen Fassung erledigt.

2. Die gemäß [§ 5 Abs. 3 des Gesetzes Nr. 106/1999 Sb.](#), in der vor dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes wirksamen Fassung veröffentlichten Informationen bleiben mindestens 6 Jahre lang nach dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes veröffentlicht.

1) Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors.

1a) Zum Beispiel das Gesetz Nr. 527/1990 Sb., über Erfindungen und Verbesserungsvorschläge, i.d.g.F., das Gesetz Nr. 529/1991 Sb., über den Schutz der Topographien von Halbleiterprodukten, i.d.g.F., das Gesetz Nr. 478/1992 Sb., über Gebrauchsmuster, i.d.g.F., das Gesetz Nr. 452/2001 Sb., über den Schutz der Herkunftsbezeichnung und geographischer Bezeichnungen und über die Änderung des Verbraucherschutzgesetzes, i.d.g.F., das Gesetz Nr. 441/2003 Sb., über Schutzmarken und über die Änderung des Gesetzes Nr. 6/2002 Sb., über Gerichte, Richter, Schöffen und über die staatliche Verwaltung der Gerichte und über die Änderung einiger weiterer Gesetze (Gerichts- und Richterrechtsgesetz), i.d.g.F., (Gesetz über Markenzeichen), in der Fassung des Gesetzes Nr. 501/2004 Sb.

1b) Zum Beispiel das Gesetz Nr. 123/1998 Sb., über das Recht auf Umweltinformationen, und das Gesetz Nr. 344/1992 Sb., über das Grundbuchamt der Tschechischen Republik (Katastergesetz), i.d.g.F.

2) § 2 Buchst. h) und n) des Gesetzes Nr. 127/2005 Sb., über elektronische Kommunikationen und über die Änderung einiger zusammenhängender Gesetze (Gesetz über elektronische Kommunikationen).

2a) Gesetz Nr. 257/2001 Sb., über Bibliotheken und Bedingungen für die Betreibung öffentlicher Bibliotheks- und Informationsdienste (Bibliotheksgesetz), in der Fassung des Gesetzes Nr. 1/2005 Sb.

2b) Gesetz Nr. 121/2000 Sb., über das Urheberrecht, über mit dem Urheberrecht zusammenhängende Rechte und über die Änderung einiger Gesetze (Urheberrechtsgesetz), in der Fassung des Gesetzes Nr. 81/2005 Sb.

4) Gesetz Nr. 412/2005 Sb., über den Schutz geheim zu haltender Informationen und über die Sicherheitsqualifikation.

4a) Zum Beispiel §§ 11 bis 16 des Bürgerlichen Gesetzbuches, §§ 5 und 10 des Gesetzes Nr. 101/2000 Sb., über den Schutz personenbezogener Daten und über die Änderung einiger Gesetze.

4b) § 5 Abs. 2 Buchst. a) des Gesetzes Nr. 101/2000 Sb.

4c) Zum Beispiel das Gesetz Nr. 155/1995 Sb., über die Rentenversicherung, i.d.g.F., das Gesetz Nr. 48/1997 Sb., über die öffentliche Krankenversicherung, i.d.g.F., das Gesetz Nr. 117/1995 Sb., über die staatliche Sozialhilfe, i.d.g.F., das Gesetz Nr. 100/1988 Sb., über die soziale Absicherung, i.d.g.F., das Gesetz Nr. 96/1993 Sb., über das Bausparen und die staatliche Bausparförderung, i.d.g.F., und das Gesetz Nr. 12/2001 Sb., über die staatliche Aufbauhilfe nach einer Natur- oder anderer Katastrophe und über die Änderung des Gesetzes Nr. 363/1999 Sb., über das Versicherungswesen, i.d.g.F. (Gesetz über die staatliche Förderung beim Wiederaufbau von durch Katastrophen betroffenen Gebieten).

6) § 17 des Gesetzes Nr. 513/1991 Sb., Handelsgesetzbuch.

8) Zum Beispiel § 24 des Gesetzes Nr. 337/1992 Sb., über die Verwaltung von Steuern und Abgaben, i.d.g.F., § 23 des Gesetzes Nr. 592/1992 Sb., über die Versicherungsprämien zur allgemeinen Krankenversicherung, i.d.g.F., § 14 des Gesetzes Nr. 582/1991 Sb., über die Organisation und Durchführung der sozialen Absicherung, i.d.g.F., § 24a des Gesetzes Nr. 551/1991 Sb., über die Allgemeine Krankenversicherung der Tschechischen Republik, Gesetz Nr. 117/1995 Sb., über die staatliche Sozialhilfe, i.d.g.F.

8a) § 64a des Gesetzes Nr. 499/2004 Sb., über das Archivwesen und Schriftgutverwaltung und über die Änderung einiger Gesetze, in der Fassung des Gesetzes Nr. 32/2008 Sb.

9) Zum Beispiel das Gesetz Nr. 89/1995 Sb., über staatlichen statistischen Dienst, das Gesetz Nr. 6/1993 Sb., über die Tschechische Nationalbank, i.d.g.F.

11) Zum Beispiel das Gesetz Nr. 552/1991 Sb., über die staatliche Kontrolle, i.d.g.F., das Gesetz Nr. 15/1998 Sb., über die Wertpapierkommission und über die Änderung und Ergänzung weiterer Gesetze, i.d.g.F., das Gesetz Nr. 64/1986 Sb., über die Tschechische Handelsinspektion, i.d.g.F., das Gesetz Nr. 133/1985 Sb., über den Brandschutz, i.d.g.F.

12) §§ 5 und 8 des Gesetzes Nr. 153/1994 Sb., über Nachrichtendienste, in der Fassung des Gesetzes Nr. 118/1995 Sb.

13) Zum Beispiel § 8a des Gesetzes Nr. 141/1961 Sb., Strafprozessordnung, in der Fassung des Gesetzes Nr. 292/1993 Sb., § 45 des Gesetzes Nr. 166/1993 Sb.

13a) Gesetz Nr. 483/1991 Sb., über das Tschechische Fernsehen, i.d.g.F.

Gesetz Nr. 484/1991 Sb., über den Tschechischen Rundfunk, i.d.g.F.

13b) Gesetz Nr. 561/2004 Sb., über Vorschul-, Grundschul-, Mittelschul- und höhere Fachschulbildung und andere Bildung (Schulgesetz).

13c) Gesetz Nr. 111/1998 Sb., über Hochschulen und über die Änderung und Ergänzung weiterer Gesetze (Hochschulgesetz), i.d.g.F.

13d) § 2 Abs. 2 Buchst. b) und c) des Gesetzes Nr. 130/2002 Sb., über Förderung der Forschung und Entwicklung aus öffentlichen Mitteln und über die Änderung einiger zusammenhängender Gesetze (Gesetz über die Förderung der Forschung und Entwicklung).

13e) Gesetz Nr. 141/1961 Sb., Strafprozessordnung, i.d.g.F., Gesetz Nr. 218/2003 Sb., über die Verantwortung Jugendlicher für rechtswidrige Taten und das Jugendgerichtswesen, i.d.g.F.

15) Z.B. das Gesetz Nr. 15/1998 Sb., das Gesetz Nr. 90/1995 Sb., über die Geschäftsordnung der Abgeordnetenkammer, das Gesetz Nr. 199/1994 Sb., über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, i.d.g.F., das Gesetz Nr. 283/1993 Sb., i.d.g.F., das Gesetz Nr. 6/1993 Sb., i.d.g.F.

16) Gesetz Nr. 367/1990 Sb., über die Gemeinden (Gemeindeordnung), i.d.g.F.

17) Gesetz Nr. 500/2004 Sb., Verwaltungsordnung.

18) § 2 des Gesetzes Nr. 6/1993 Sb. über die Tschechische Nationalbank, i.d.g.F.

19) Gesetz Nr. 122/2000 Sb. über den Schutz von Sammlungen musealen Charakters und über die Änderung einiger weiterer Gesetz i.d.g.F.

20) Gesetz Nr. 150/2017 Sb. über den Auslandsdienst.

21) §§ 153 und 154 des Gesetzes Nr. 134/2016 Sb., über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen.

22) § 2 des Gesetzes Nr. 240/2000 Sb., über das Krisenmanagement und über die Änderung einiger Gesetze (Krisengesetz), i.d.g.F.